Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.

Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 32. Mittwoch, den 7. Februar 1849.



Berlin, vom 5. Februar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Superintendenten und Oberpfarrer Schramm zu Drossen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kreis-Chirurgus Güttler zu Hirschberg, dem Gerichtsgeschwornen Kopp zu Schreiberhau, dem Richter Neumann zu Petersdorf, dem Wundarzt 1ster Klasse Flügel zu Fischbach, so wie dem evangelischen Küster und Schullehrer Pohlenz zu Goßmar, Kreis Luckau, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Fischhändler Wilhelm Samuel Höhne zu Landsberg a. d. W. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Das 5te Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter

No. 3098. Den Allerhöchsten Erlaß vom 28sten November 1848, wegen Verleihung fiskalischer Vorrechte für den chausseemäßigen Ausbau der Verbindungs-Straße zwischen Worbis und der Berlin-Kasseler Chaussee in der Richtung nach Gernrode; desgleichen

No. 2099. vom 7ten Dezember 1848, wegen Auflösung der durch die Ordre vom 27sten Oktober 1820 zur Entscheidung von Ansprüchen an Provinzen, Kreise und Kommunen für Lieferungen und Leistungen aus den Kriegsjahren 1806 bis 1807 und 1812—1815 in zweiter und letzter Instanz niedergesetzten Immediat-Kommission; ferner

No. 3100. die Berichtigung vom 30sten ej. m. et a., betreffend den im 40sten Stück unter No. 3030 der Gesetz-Sammlung pro 1848 abgedruckten Tarif zur Erhebung des Hafen- und Brücken-Aufzugs-Geldes in Stettin vom 25sten August ej. a.; und zuletzt

No. 3101. den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Januar 1849, betreffend die Hafengeld-Tarife für die Häfen von Pillau und Memel.

Deutschland.

Wahlen für die zweite Kammer.

Provinz Brandenburg.

Im Teltower Kreise in Verbindung mit dem Beeskow-Storkower Kreise sind gewählt: Herr v. Vincke und der vormalige Minister von Bodelschwingh.

In Brandenburg: Graf v. Bismark-Schönhausen und Amtmann Winterfeldt aus Ketzür (konstitutionell), beide mit 154 Stimmen. Der Oberbürgermeister Ziegler, Hauptkandidat der demokratischen Partei fiel bei der ersten Abstimmung mit 132, bei der zweiten mit 134 Stimmen durch.

In Prenzlau: Grabow und Graf Arnim-Boitzenburg, der erste mit 167 gegen 157 Stimmen, die Graf Arnim erhielt; der zweite mit 189 gegen 123 Stimmen, die Dr. Samelson aus Zehdenick erhielt.

Im Niederbarnimschen Kreise: Landrath v. Arnim in Angermünde, Geh. Archivrath Riedel aus Berlin, Ober-Regierungsrath Ellwanger aus Breslau und Professor Keller aus Berlin. Mit Herrn Professor Keller konkurrirte Stadtrath Sägert aus Berlin.

In Küstrin: Oberamtmann Wegner-Zellin und Gutsbesitzer Nesselhauß-Gruenrade, beide konstitutionell.

In Frankfurt a. O.: Graf Görz (bis vor Kurzem Lieutenannt und Adjutant daselbst) und Ober-Landesgerichts-Assessor von Schirnding beide demokratisch gesinnt. Der Kandidat der Gegenpartei war der Oberburggraf von Brünneck.

In Perleberg: Schulze Hauer und Justizrath Breithaupt aus Havelberg, beides Kandidaten des patriotischen Vereins in Perleberg.

In Neu-Ruppin: Prediger Poppenburg und Lehnschulze Barsukow, beide konservativ. Der Kandidat der Demokraten, Direktor Kämpf, fiel bei der ersten Wahl mit 122 gegen 185, und bei der zweiten mit 126 gegen 188 Stimmen durch.

Im Sternberger und dem nördlichen Theile des Gubener Kreises: Regierungsrath Ambronn aus Berlin und Amtmann Wolff aus Gleissen, beide konstitutionell.

Im Kreise Luckau, Lübben und einem Theile von Kalau: Minister v. Manteuffel und Prediger Schellenberg, der letztere demokratisch.

Im Kottbusser, Spremberger und dem südlichen Theil des Kalauer Kreises: Geh. Regierungsrath v. Werdeck und Bürgermeister Peschke zu Spremberg, beide konstitutionell.

Im Kreise Krossen und Züllichau-Schwiebus: Waisenhaus-Direktor Hanow und Justiz-Kommissarius John, beide der gemäßigten Linken angehörig.

Provinz Pommern.

In Stettin wie schon gemeldet.

Im Kreis Stargard-Pyritz: Rittmeister Asch, Landrath a. D. v. Wedell, beide konstitutionell.

Provinz Schlesien.

In Stadt Breslau: Dr. Stein mit 162 Stimmen u. Stadtgerichts-Rath Pflücker mit 164 Stimmen, beide demokratisch. Der Gegenkandidat Bäckermeister Stadtrath Ludewig erhielt 105 und 101 Stimme.

Im Landkreise und den Vorstädten Breslau's: Graf Ziethen mit 209 Stimmen, konstitutionell gesinnt. Sein Gegner Dr. Elsner erhielt 116 Stimmen. Die zweite Wahl, die gestern um 4 Uhr noch nicht entschieden war, wird ohne Zweifel den konservativen Stadtrath Ludewig getroffen haben.

In Glogau: Die Justiz-Kommissarien Haak und Heitemeyer, beide demokratisch.

In Liegnitz: Regierungsrath von Merckel und Gutsbesitzer Willenberg, beide demokratisch.

Im Kreise Sagan-Sprottau: Erbscholze Eckart von Meerzdorf und Fürstenthumsgerichts-Direktor Merres von Sagan, beide konstitutionell.

Provinz Sachsen.

In Magdeburg: Hr. von Unruh mit 236 gegen 39 Stimmen und Prof. Pax mit 234 gegen 40 Stimmen.

In den Kreisen Wanzleben und Neuhaldensleben: Ackermann Herr Schwiesau und Lehrer von Heidenreich, beide konservativ.

In Merseburg: Justiz-Kommissar Etzdorf und Bürgermeister Seffner, beide konstitutionell.

In Halle: Kaufmann Jakob und Prediger Fubel, beide mit 198 Stimmen, beide konstitutionell. Der Kandidat der Gegenpartei Professor Burmeister erhielt nur einige 70 Stimmen.

Im Kreis Genthin: die Assessoren Richter und Scheele (beide demokratisch) und Baumeister Trepplin (konstitutionell).

Im Kreis Bitterfeld und Delitzsch: Assessor Schulze (Delitzsch) und Pastor Hildenhagen, beides Mitglieder des linken Centrums.

(D. Ref.)

Berlin, 5. Februar. Unsere Mittheilung im gestrigen Blatt über den Ausfall der hiesigen Wahlen für die zweite Kammer bedarf einer Berichtigung. Heinrich Simon ist nicht gewählt worden, dafür aber Rodbertus und Waldeck zweimal. — Für die vorgekommenen Doppelwahlen sind von der demokratischen Partei bei den Neuwahlen die Herren Dr. Zunz, H. Simon und Assessor Jung als Kandidaten aufgestellt.

Berlin, 6. Februar. Am gestrigen Tage hat sich in unserem Vaterlande das wichtige Werk der Wahlen für die zweite Kammer vollendet. Es ist einer der mächtigsten Grundsteine unserer Zukunft gelegt worden; — ob dem Zwecke entsprechend, mit der Besonnenheit, die das große Werk erfordert? — Die Beantwortung hält uns noch in ernster Spannung! Indem wir schreiben ist uns noch kein Resultat bekannt, auch nicht das der hiesigen Wahlen. Ueber den Ausfall dieser haben wir jedoch nicht den mindesten Zweifel und müssen im Voraus unser tiefes Bedauern darüber aussprechen. Absichtlich wollen wir dies Wort an unsre Leser richten, bevor das Ergebniß unsre Ansicht zu bestimmen scheinen könnte. Wir setzen, offen müssen wir es bekennen, kein Vertrauen in diese Wahlen. Es bewegt uns hier nicht die Muthmaßung über ihre Färbung, sondern die Natur des Wahlrechtes an sich. Möglich ist es, Viele glauben es sogar (und wir möchten es gern mit ihnen hoffen), daß denselben, wenn auch in den größeren Städten und einzelnen zahlreichen Bezirken die äußerste Opposition vorherrschend bleibt, doch das Gegengewicht der Mäßigung nicht fehlen wird. Dem sei wie ihm wolle, so können wir das Ergebniß nur als ein zufälliges betrachten, wir können uns dessen für den einzelnen Fall erfreuen, möchten uns aber nicht für die Dauer darauf stützen. Die allgemeinen Wahlen ohne andere Beschränkung als die des Alters und der gesetzlichen Bescholtenheit sind eine falsche Folgerung aus einem falschen Grundsatz, dem der Volkssouverainetät, wenn darunter eine Willensherrschaft der bloßen Massen verstanden wird. Keine bloße Macht soll willkürlich herrschen, weder die eines Einzelnen noch die einer unorganischen leicht beweglichen, leicht verblendeten und irre geleiteten Masse. Herrschen sollen allüberall nur Wahrheit, Recht, Vernunft, die im Innersten alle Drei eins und dasselbe sind. Keine Abstimmung, mit noch so großer Majorität, kann ein Unrecht zum Recht, ein Unvernünftiges zum Vernünftigen, eine Lüge zur Wahrheit stempeln. Die ganze Aufgabe des Staates ist also die, in der Majorität auch den möglichst gesicherten Ausdruck der Wahrheit, der Vernunft, des Rechts zur Erscheinung zu bringen. Das

wird aber nimmermehr durch allgemeine Wahlen geschehen, wie sie jetzt, der ungestümen Forderung einer aufgeregten Zeit, eines falsch aufgefaßten, Alles entzündenden Dogma's, nachgebend, angeordnet sind. Diese Wahrheit ist so einleuchtend, so einfach, daß nur Leidenschaft und Verblendung oder übler Wille sie zurückweisen kann. Wem es auch nicht aus der Sache vorweg klar wäre, daß die großen Massen, wenn ein Urtheil über die oft so tief verwickelten Verhältnisse und Bedürfnisse des Staatslebens unmöglich ist, entweder der Leidenschaft, oder der Verführung, oder dem blinden Glauben und Zufall in irgend einer Art zur Beute werden müssen, dem hätten es die zahlreichen Beispiele unsrer Tage (älterer nicht zu gedenken) lehren müssen, was dergleichen allgemeine Abstimmungen nach Hunderttausenden und Millionen bedeuten! Wir wollen aber nur bei unsern Wahlen stehen bleiben. Im April gingen die Massen ganz fremd über ihre eigne Berechtigung halb staunend, halb verwirrt an das hochwichtige Geschäft, und es stellten sich die widersinnigsten Consequenzen heraus. Einestheils wurden notorisch die Unfähigsten, ja Uebelberüchtigsten gewählt, andrerseits folgte man ungestüm irgend einer Verblendung, sei es im guten oder im bösen Sinne; Urtheil machte sich natürlich bei den Wenigsten geltend, und siegte nur, entweder zufällig oder mit Hülfe leidenschaftlich erregter Parteien, oder unterlag eben diesen. Damals klagten die Wohlgesinnten, aber enthusiastisch Verblendeten, nur den Mangel politischer Erziehung an. Diese hat sich äußerlich schnell genug gemacht. Bei den gegenwärtigen Wahlen war Alles organisirt, aber auch Alles Partei, und die Massen wurden (und mit welchen oft schwer beklagenswerthen, tief unwürdigen Mitteln!) dahin geführt, wohin die mehr oder minder geschickten und eifrigen Parteihäupter sie leiten wollten. Eine wahrhafte, besonnene Erwägung der eignen Verhältnisse, vollends der des Ganzen — wo wäre sie eingetreten? Wie wäre sie möglich? — Dieselben Kräfte haben bei den Wahlen mit den Ausschlag gegeben, welche vor etwa einem Jahrzehend noch, beim Ausbruch der Cholera, in wüthender Leidenschaft aufgährten, die Aerzte als Mörder verfolgten, von vergifteten Brunnen, von verkauften Giften in den Apotheken träumten! Und jener Wahn ergriff nicht blos die Volksmassen Deutschlands, die politisch Bevormundeten, wie man sich so gern ausdrückt, und daher unerzogenen: sondern die des ganzen Europas, und vorzugsweise Frankreichs, selbst Englands! — Können wir also, mit gutem Gewissen, solche allgemeine Wahlen für den vernünftigen Ausdruck eines Willens halten, der reif wäre zum Gesetz erhoben zu werden? — So lange wir unsere politischen Rechnungen mit einem dergestalt verfälschten Einmaleins machen, so lange werden die Ergebnisse immer zufällige, meist widersinnige sein. — Es ward uns in dieser Stadt Gelegenheit gleich ein anderes Resultat daneben zu stellen, die Wahlen für die erste Kammer. Hier war das Element des bewußten Urtheils, der wahren Theilnahme an der Gestaltung und dem Schicksale des Ganzen, wenn auch nur in unvollkommer Weise, von der bloßen Abstimmung nach Kopfzahl, getrennt; die Einsicht, der Geist war freier gewoden und wie fiel das Ergebniß aus? Ganz als das Gegentheil der allgemeinen Wahlen! Welcher Willensausdruck ist aber wohl der vernünftigere, der heilsamere für das Ganze? Wer darüber zweifelhaft ist, der will zweifelhaft sein! — Mögen also die Wahlen, welche sich in dieser Stunde für die zweite Kammer vollendet haben, ausgefallen sein wie sie wollen, maßgebend können sie uns nicht sein. Ist ein erträgliches, ist ein gutes Resultat, was der Mäßigung und Besonnenheit entspricht, erreicht, so wollen wir es für ein Glück halten und dankbar darüber sein, — aber nicht für eine That, und unsere Zustände nicht für gesund. Ist das Gegentheil der Fall, wie bei der trüben Gährung und absichtlich erbitternden Aufregung sehr zu fürchten, so haben wir ein schweres Unglück zu beklagen! Wir müssen ausrufen: Victrix causa Diis placuit! und zusehen, wie ferneres Unheil abzuwenden! Heilung aber ist nur zu erwarten von der erkannten und entfernten Ursache des Uebels, den falschen Grundlagen des Wahlgesetzes. (Voss. Z.)

— Man beliebt jetzt auszustreuen, die Doppelwahl des Herrn Rodbertus sei durch die ihm gewordene Ausweisung hervorgerufen! Der wahre Grund, weshalb Herr R. von den Ultrademokraten gewählt worden, ist, daß er kürzlich erklärte: „Er sehe ein, daß die Republik zu erzielen jetzt sein Bestreben sein müsse!" Bravo Herr Exminister!

— Herr Waldeck hielt in seiner Wohnung in der Dessauerstraße zur Feier seiner Wahl offene Abendtafel für seine Anhänger. Viele derselben benutzten die Gelegenheit.

Herr Berends dagegen brachte aus lauter Vergnügen den ganzen Rest des Tages in der ewigen Lampe mit Baiersch Biertrinken zu und war am Abend ein seliger Deputirter!

— Die Demokraten haben jetzt einen Kunstausdruck für diejenigen Wahlmänner, die zu den Centren gehören und die Vermittelnden bilden wollen. Man neant sie „gesattelte Esel" — weil man der Meinung ist, daß sie Jedermann reiten kann, der in den Sattel zu springen versteht. (N.P.Z.)

— In der Voruntersuchung wegen der Proklamation der Steuerverweigerung haben mehrere der zur Vernehmung vorgeforderten beschuldigten ehem. Abgeordneten sich derselben geweigert, mit der unsinnigen Erklärung, daß sie sich noch immer als Mitglieder der Nationalversammlung betrachten müßten, und daß ohne Erlaubniß der Nationalversammlung kein einzelmes Mitglied derselben zur Untersuchung gezogen werden dürfe; der Staatsanwalt möge erst die Nationalversammlung wieder einberufen und deren Genehmigung einholen. Man erwartet ubrigens in Kurzem einen definitiven Beschluß des Kammergerichts über die Steuerverweigerung. (N. P. Z.)

Berlin, 5. Februar. Unsere Regierung hat es bei den in ihrer Note an die deutschen Höfe angedeuteten Wünschen hinsichtlich der definitiven Konstituirung des deutschen Staatenbundes nicht bewenden lassen. Sie hat bereits einen dahin abzielenden Vorschlag den betreffenden Regierungen zur Begutachtung unterbreitet. Danach nämlich soll Deutschland in sieben Reichskreise eingetheilt werden. Und zwar soll diese Eintheilung so geschehen, daß Oesterreich, Preußen und Bayern je einen Kreis bilden; Hannover, Oldenburg, die beiden Mecklenburg und die Hansestädte zusammen einen; Würtemberg und Baden einen; die beiden Hessen, Nassau und die kleineru Rhein-Uferstaaten einen; endlich Sachsen und die thüringischen Staaten einen. Ein zweiter Vorschlag weicht von dem oben erwähnten nur dadurch ab, daß statt sieben nur sechs Kreise gebildet werden. Nämlich Rheinhessen würde Würtemberg und Baden, und Kurhessen Sachsen und Thüringen zugetheilt. Dieser letzte Vorschlag nimmt also einfach die Königreiche zur Grundlage. Diese sieben oder respektive sechs Kreise haben jeder einen Vertreter in dem neu zu bildenden Bundesrath, auch einen Vertreter bei den fremden Mächten. Der Bundesrath, welcher aus seiner Mitte den Präsidenten (vermuthlich wohl Oesterreich) ernennt, ist die vollziehende Behörde für den weiteren Bundesstaat. Dieser Plan schließt dann nicht aus, daß einzelne Kreise unter sich einen besonderen Verein zur gleichförmigen Durchführung gewisser politischer uud kommerzieller Institutionen bilden, wie dieses auch in der preußischen Note angedeutet ist. Die Frage der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie Limburg, ist hierbei noch offen gelassen, bis die künftigen Verhältnisse dieser Staaten definitiv festgestellt sind. (H. C.)

Frankfurt a. M., 3. Febr. (163. öffentl. Sitzung der Reichs-Versammlung). Schlußvortrag des Berichterstatters und Abstimmung über §. 7 des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „Gewähr der Reichsverfassung." Als Berichterstatter für das Minderheitserachten I. zu §. 7 der „Gewähr der Reichsverfassung" tritt Hr. Mittermaier auf, indem er räth, dem Beispiele Englands zu folgen nnd ein Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht zu erlassen. Allein zu Ausnahmsgerichten und Ausnahmsbestimmungen könne er nimmermehr seine Zustimmung ertheilen. Bei dem Gedanken an eine Maßregel, durch welche das Kriegsrecht in gewissen Fällen sanktionirt werde, steige vor ihm der blutige Schatten des Herzogs Alba auf. (Sehr gut! von der Linken). Jede Aufhebung der Habeaskorpus-Akte kann nur durch ein Gesetz erfolgen, wie es nicht das Ministerium für sich, wie es die Regierung nur mit der Zustimmung der Volksvertretung verkündigen darf. Das ist unser Antrag, durch den die Freiheit gesichert wird, ohne daß dem Staate die Fähigkeit der Vertheidigung gegen den Aufruhr entzogen wird. Nimmermehr enthalte das Recht der Nothwehr auch ein Recht der Strafe, die dann eine Rache sein werde. Zum Schlusse erinnert der Redner an eine Warnung Rudhart's: Vertheidigt Euch gegen die Feinde der öffentlichen Ordnung, wendet die kräftigsten Mittel zur Erhaltung des Staates an, aber heuchelt keine Untersuchung unter der Maske des Gesetzes, mordet nicht unter der Form eines richterlichen Urtheils! (Lebhafter Beifall von der Linken und aus der Mitte).

Für das Minderheitserachten II. ergreift das Wort Herr Waitz: Das Recht zur Aufhebung der Habeaskorpus-Akte und des Versammlungsrechts ist auch den freiesten Völkern, wie Sie eben gehört haben, den Engländern und Amerikanern, keineswegs unbekannt. Es ist überall als durchaus nothwendig geboten erschienen und es erklären sich auch die hier gestellten Anträge fast alle hiefür, von Vincke bis zu Heinrich Simon hin. Allein darin waltet ein Unterschied ob, unter welcher Modalität diese Aufhebung stattfinden soll. Ob Alles auf die Verantwortlichkeit des Ministeriums zu schieben ist, oder ob eine nur zeitweise Suspension diesem überlassen bleiben darf, oder ob endlich das Ministerium sofort die gesetzgebenden Körper einzuberufen hat, um ihre Genehmigung einzuholen. So weit ist kein Antrag gegangen, daß die vorausgehende Zustimmung des Reichstags beziehentlich des Landtags erfordert werde. Die Gegensätze sind mithin keine prinzipiellen. Was die Ausnahme-Anstalten des Belagerungszustandes 2c. so verhaßt macht, ist ihre Ausdehnung. Sie sind neuerdings nicht blos zur Vertheidigung der öffentlichen Ordnung gebraucht worden, man hat sie angewendet auch zur Wiederherstellung und Befestigung der Verhältnisse. Gegen diese zur Regel erhobene Ausnahme erklären sich und mit Recht alle Stimmen. Die Frage daher, wie sie uns vorliegt, ist wesentlich eine Frage der Zweckmäßigkeit, denn Niemand befindet sich unter uns, der den Skandal der letzten Zeit legitimiren möchte. Nur in außerordentlichen, in äußersten Fällen werden wir zu außerordentlichen Maßregeln greifen. Zur Abwehr sollen sie dienen und nicht zu mehr. An Kämpfen wird es unserer jungen Freiheit nicht fehlen; es werden harte Tage kommen und erst nach langem Zwiespalte wird sich die Grundlage der neuen Ordnung befestigen. In diesen Kämpfen wird man die Abwehrmaßregel zur Regel zu machen geneigt sein. Lassen sie daher das letzte Blatt Ihrer Verfassung eine gesetzliche Bestimmung darüber nicht vermissen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Vincke's und Genossen abgelehnt, nach welchem unter andern Bestimmungen der Grundrechte im Falle des Kriegs und Aufruhrs auch die Preßfreiheit aufgehoben werden kann. Dann wird durch Namensaufruf abgestimmt über den Verbesserungsantrag Widenmanns und Genossen:

Statt §. 7 möge es heißen:

„Im Fall des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung, Vereins- und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise, unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gesammtministeriums gegen den Reichstag, beziehuugsweise Landtag, außer Kraft gesetzt werden."

Wird mit 261 gegen 188 Stimmen verworfen. Ebenso wird mit Namensaufruf abgestimmt über den Vorschlag der Ausschußmehrheit, wonach §. 7 lauten soll:

„Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1) Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einzelstaates ausgehen.
2) Das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstags, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtags, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten.

Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft."

Angenommen mit 242 gegen 206 Stimmen. Dagegen wird der von Max Simon und Genossen zu Nr. 2 dieses Paragraphen beantragte Zusatz:

„Die Einberufung muß in diesem Falle sofort geschehen, so daß der Zusammentritt spätestens am 21. Tage von Verkündigung der Ausnahmsmaßregeln an gerechnet stattfindet, widrigenfalls derselbe ohne Berufung erfolgt" —

mit 265 gegen 163 Stimmen verworfen. Desgleichen wird verworfen der Zusatzantrag v. Schmerlings, wornach im Falle dringender Gefahr die Verkündigung des Kriegsrechts gestattet werden soll mit 336 Stimmen gegen 66 Stimmen. Desgleichen wird verworfen mit 222 gegen 206 Stimmen ein ähnlicher (etwas gemilderter) Antrag von Thielau's und Genossen. Darnach ist die Berathung über §. 7 beendet und nachdem noch von der Linken im Namen „der europäischen Civilisation" Verwahrung eingelegt worden ist gegen die heute gefaßten Beschlüsse, wird die Sitzung bis Montag den 5. Februar vertagt. Außer der Präsidentenwahl kommt auf die Tagesordnung der Bericht über die Posen'sche Frage. (D. Z.)

Altona, 4. Februar. Nur wenige Monate noch liegen vor uns, und der Jahrestag, an dem Schleswig-Holstein einmüthig gegen dänische Usurpation sich erhob und mit Hülfe seiner deutschen Brüder das fremde Joch, unter welchem so lange es geschmachtet, abschüttelte, hat uns ereilt. Mit ihm aber läuft auch der Waffenstillstand — der freilich von den Dänen faktisch schon gebrochen — wieder ab, und vielleicht ruft uns derselbe von Neuem wieder unter die Waffen, falls die Diplomatie den Waffenstillstand nicht prolongirt oder wiederholte dänische Treulosigkeit die Erneuerung des Kampfes erheischt. So gerne wir auch eine friedliche Lösung dieses Streites herbeiwünschten, so sind die Gerüchte über die obschwebenden Friedensverhandlungen keineswegs geeignet, uns solches glauben zu machen. Denn im ganzen Schleswig-Holstein ist nur eine Stimme darüber, daß Schleswig von Holstein nicht getrennt werden dürfe. Sollte also die Diplomatie dieser Stimme kein Gehör geben, so ist ein Kampf unvermeidlich. Wir sind auf alle Eventualitäten gefaßt. Selbst dann, wenn Deutschland uns beim Wiederausbruche der Feindseligkeiten mit Dänemark seine Hülfe versagen sollte, werden wir den Krieg allein aufnehmen und, so Gott will! wird es uns gelingen, unsere völlige Unabhängigkeit von dem verhaßten Dänenthum zu erkämpfen. Dann werden wir zeigen, daß wir Deutschlands würdig sind, und durch die That beweisen, daß man uns und unserer damaligen provisorischen Regierung bei unserer Erhebung, wo wir im Besitze eines nur kleinen Heeres ohne Führer uns befanden und unvorbereitet und fast wehrlos dem Feinde gegenüberstanden, mit Unrecht eine Lauigkeit vorwarf. Doch wenn wir auch die feste Ueberzeugung haben, daß solche Verdächtigungen nur von uns feindlich Gesinnten oder von völlig Unwissenden ausgehen konnten, so haben dieselben dagegen das Gute für sich, daß wir jetzt mit desto größerem Eifer uns rüsten. Dank den Bemühungen unserer früheren und jetzigen Regierung, wir haben jetzt ein Heer, welches stark an Zahl, wohl gerüstet und gut disciplinirt vor Begierde brennt, mit dem Feinde in die Schranken treten zu können. Außerdem sind wir auf das Eifrigste bemüht, eine Landwehr zu organisiren, und wir zweifeln nicht daran, daß man überall im Lande Gleiches thun wird. Die von den dazu erwählten Komitteen der hier bestehenden beiden Bürgervereine auf gestern Mittag ausgeschriebene allgemeine Volksversammlung fand auf dem hiesigen Rathhausmarkte statt. Es hatte sich zu derselben eine ungeheure Volksmenge eingefunden, deren Zahl sich wohl über 5000 Menschen belaufen mochte. Kurz nach 12 Uhr erschien Dr. Ingwersen in Begleitung der übrigen Kommittee-Mitglieder und verlas vom Balkon des Rathhauses herab, nachdem er zuvor einige einleitende Worte gesprochen, einen an die Landesversammlung und die gemeinsame Regierung gerichteten Aufruf wegen Errichtung einer Landwehr, mit dem Hinzufügen, daß das Resultat der mit der Ueberreichung dieses Auftrags betrauten Deputation demnächst öffentlich bekannt gemacht werden solle. Schließlich brachte die Versammlung, auf Anregung des gedachten Redners, dem einigen Schleswig-Holstein ein dreimaliges donnerndes Hoch und ging gegen 1 Uhr Mittags auseinander. (H.-C.)

Oesterreich.

Wien, 1. Februar. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist wieder auf den Reichstag gerichtet und vage Gerüchte zirkuliren allgemein, daß ein entscheidender Schlag in Kremsier vorbereitet worden; so wollte man gestern behaupten, daß jede Kommunikation mit dort verhindert werde und die nächsten Tage schon die endliche Entscheidung, ob der Reichstag oder das Ministerium das Feld räumen werde, bringen müßte.

Die „Deutsche Reform" berichtet aus **Wien** vom 28. Januar: „Sie würden mich in Verlegenheit setzen durch die Frage: Welchen Eindruck hier das preußische Rundschreiben an die deutschen Regierungen gemacht hat? Die deutsche Oberhauptsfrage läßt das Wiener Publikum, mit wenigen intelligenten Ausnahmen, vollkommen gleichgültig. Der Regierungs-Partei kommt das Rundschreiben sehr ungelegen, da es unser Kabinet zu einer bestimmten Erklärung nöthigt. Schon vor drei Tagen las ich das Aktenstück hier im preußischen Staats-Anzeiger, und bis heute hat der täglich zweimal erscheinende Lloyd noch nicht der Mühe werth gefunden, es abzudrucken. Denn man müßte doch einen Kommentar dazu geben — und welchen? — Die Frage ist nicht so schnell beantwortet. — Als Schwarzenberg in Kremsier sein Programm vorlas und die auf Schrauben gestellte Erklärung gab: die Frage der Stellung Oesterreichs zu Deutschland müsse noch eine offene bleiben, die erst dann befriedigend gelöst werden könne, wenn beide Staaten sich selbstständig konstituirt hätten — da dachte und hoffte man in diesem Kabinette, daß Deutschland nie dazu kommen würde, sich selbstständig zu konstituiren. Als dennoch in Frankfurt ernstliche Anstalt dazu gemacht wurde, da erklärte das Ministerium: man habe den Sinn des Programms in Deutschland ganz mißverstanden. — Das erste und letzte Argument unserer Regierung bleibt immer: Oesterreich muß den Vorrang haben, weil es der größere Staat ist. — Allerdings ist Oesterreich größer als Preußen, aber Preußen ist deutsch und Oesterreich ist ganz farbenunbestimmt. Die Größe Preußens liegt in seiner Intelligenz, seiner kernhaften und deutschen Bevölkerung — Die Größe Oesterreichs ist die eines Wassersüchtigen, der sich freilich eines großen Umfangs rühmen kann, dem aber der Magen und alle Glieder schmerzen, so daß er kaum auf den Beinen stehen kann und sich nach einer Stütze umsehen muß. Diese Stütze soll der deutsche Kaiserthron sein."

— Das 21ste Armee-Bülletin aus Ungarn lautet:

In Folge so eben erhaltener telegraphischer Depesche vom 3. Februar 1849 hat sich die Festung Leopoldstadt gestern den 2. um 9 Uhr früh nach einstündiger Beschießung auf Gnade und Ungnade ergeben.

Feldmarschall-Lieutenant Simunich rückt nun ungesäumt in 2 Colonnen über Groß-Topolcsàn und über Neutra und Verebely zur Besetzung der Bergstädte vor, nachdem General-Major von Götz, in Vereinigung mit der Brigade Jablonovsky nach der Besetzung von Neusohl, sowohl die unter dem Anführer Görgey flüchtenden Rebellen-Horden, als auch jene unter Ballogh bei Rosenberg gesammelten schwachen Insurgenten-Haufen auf dem Fuße verfolgt.

Nachfolgender Bericht des Herrn Feldmarschall-Lieutenants v. Dahlen, Agram den 1. Februar 1849, lief so eben hier ein:

So eben empfange ich die Nachricht, daß der Herr General-Major Freiherr von Trebersburg am 30. Januar, früh um 5 Uhr, die Vorstädte der Festung Essegg in 5 Colonnen angegriffen und mit Sturm genommen habe. Um 6 Uhr waren unsere siegreichen Colonnen im Besitze der drei Vorstädte. Von den in die Festung entfliehenden Rebellen wurden 100 gefangen, darunter mehrere Kavallerie-Offiziere. Die Commandanten der Angriffs-Colonnen waren: die Obersten Van der Null vom Gradiskaner — Halavanya von Brooder — Major Dragich vom Peterwardeiner — Hauptmann Tarbuck vom St. Georger Grenz-Regimente und Hauptmann Barissich vom Infanterie-Regimente Erzherzog Leopold.

Um 6 Uhr früh wurde die untere Stadt aus der Festung eine Stunde lang beschossen. Herr General Trebersburg ließ hierauf den Festungs-Commandanten durch einen Parlamentair zur Uebergabe auffordern.

Von dem Corps des Feldzeugmeisters Graf Nugent wurde, wie bereits mitgetheilt, Fünfkirchen durch die Brigaden Palffy und Dietrich ohne Widerstand besetzt.

Der Feldzeugmeister Graf Nugent hat von da aus sowohl die unter Nemegyei gegen Essegg flüchtende Rebellen-Abtheilung verfolgen lassen, als auch eine Detachirung gegen Mohacz vorgenommen, um diesen Ort zu besetzen, und sich hierdurch mit den am linken Donauufer operirenden Serben in Verbindung zu setzen.

Wien, am 3. Februar 1849.

Der Civil- und Militair-Gouverneur:
Welden,
Feldmarschall-Lieutenant.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Januar. Am 26. März geht der Waffenstillstand zu Ende, am 26. Februar ist in jenem Falle der Kündigungstag von einer oder der anderen Seite. „Flyveposten" will keine Verlängerung des Waffenstillstandes, auch wenn die Mächte sie verlangten: Krieg oder Frieden müsse es heißen. „Fädrelandet" hat nichts gegen einen planmäßig vorbereiteten Aufstand in Nordschleswig, allein warnt vor vereinzelten planlosen Widerstands-Versuchen. „Kjöbenhavnsposten" gesteht ganz unbefangen ein, „daß die Regierung durch ihr Manifest an die Schleswiger diesen Aufstand veranlaßt hat, und zieht daraus die Schlußfolgerung, daß es nun auch ihre heilige Pflicht sei, die Aufständigen gegen die Folgen zu schützen. Daß daraus ein Krieg mit Preußen und der Central-Gewalt entstehen könne, dürfe unter solchen Umständen gar nicht in Betracht kommen.

Frankreich.

Paris, 2. Februar. Der Moniteur meldet, daß die gestern aus den Departements eingelaufenen Nachrichten höchst befriedigend lauten. Sie beweisen, daß das Complott, welches die Regierung in Paris vereitelte, ausgebreitete Verzweigungen hatte; die Präfekten aber entdeckten dieselben und alle nöthigen Maßregeln zur Verhütung von Störungen wurden getroffen. Zu Marseille vereitelten die Behörden in der Nacht des 27. Januar einen beabsichtigten bewaffneten Angriff durch Verdoppelung der Posten. Zu Lyon hielt eine starke Besatzung die Aufwiegler im Zügel; dieselben entwickelten jedoch große Thätigkeit. Zu Macon, Chalons und Strasburg kamen kleine Excesse vor. Zu Troyes nahm der Präfect etwa dreizehn Kisten mit Flinten weg, welche nach Chalons abgeschickt werden sollten. An der Nordost- und Ostgrenze ward ermittelt, daß heimlich Munition in Frankreich eingeführt wurde. Auf allen nach Paris führenden Straßen zogen zahlreiche Banden eiligst heran, um den Meuterern in der Hauptstadt sich anzuschließen, während Emissaire in die Departements abgeschickt waren, um dort die Aufregung und den Aufruhr zu organisiren. — Oberst Forestier ist nicht freigelassen, sondern nach der Conciergerie gebracht worden. — Nach dem Wochenberichte der Bank hat ihr Metallvorrath um 7 Mill. zugenommen, ihr Notenumlauf aber sich um 4 Mill., die laufende Rechnung des Schatzes um 1⅓ Mill. und der Betrag ihrer Discontirungen um 8½ Mill. Fr. vermindert. — Ein Journal von Girona meldet, daß Cabrera nach Frankreich zurückgekehrt sei, um für seine wieder aufgebrochenen Wunden die nöthige ärztliche Pflege zu finden.

Paris, 2. Februar. Das Ministerium hat durch das Organ seines Präsidenten gestern die Existenz einer Verschwörung angezeigt, und die Verhaftungen, die es angeordnet, beweisen zum wenigsten, daß ernstliche Ursachen zur Besorgniß vorhanden waren. Aber hätte es sich auch getäuscht — denn wir wollen die Lage der Angeklagten, die den Richterspruch erwarten, in nichts erschweren — so können wir es ob einer zu großen Vorsicht doch nicht anklagen. Hundert Irrthümer in diesem Sinne sind nichts im Vergleich mit dem Unglück, welches Ein Irrthum im entgegengesetzten Sinne herbeiführen müßte: die Erfahrung hat uns dies nur zu sehr ans Herz gelegt." Und an einer andern Stelle sagen die Debats: „Die Regierung hat ein Recht auf die Anerkennung des Landes, weil der Montag ohne Ruhestörung vorübergegangen ist; alle gute Bürger werden der Festigkeit Lob zollen, mit welcher Herr Leon Faucher seine Pflicht zu erfüllen gewußt, und dem Muthe, mit welchem er, mitten unter einem Tumult und unter Angriffen sondergleichen, die Tribüne behauptet hat." Am heftigsten sind die Angriffe auf General Changarnier, welcher die umfassenden militärischen Maßregeln getroffen hatte — wieder ein Beweis, daß der Haß sich gegen Diejenigen kehrt, welche das gefährliche Spiel vereitelt hatten. „Weder die Mäßigung seiner Sprache, noch sein heroischer Muth (wir hatten bis jetzt geglaubt, daß man in Frankreich immer den Muth zu respektiren wußte) können ihm einige Rücksichten erwerben; man greift die militärischen Maßregeln an, die erlaubt haben, ganz Paris einen ganzen Tag hindurch bewaffnet zu erhalten, ohne daß der mindeste Zufall sich ereignet, ohne daß die Kommunikation irgendwo einen Augenblick unterbrochen worden, als auf dem Eintrachtsplatz. Weshalb diese blinde Anschwärzung eines der hervorragendsten Männer unseres Landes, der in diesem Falle doch nur die Anordnungen der gesetzmäßigen Macht erfüllte?" Auch darin hat das Journal des Debats Recht. Doch was soll man lange auf Einzelheiten eingehen? Es liegt mit ziemlicher Gewißheit vor, daß am Montag ein Streich versucht wurde, der mehr als

den Sturz des Ministeriums zum Zweck hatte. Auch der Präsident der Republik sollte gestürzt werden, so viel scheint bereits klar zu sein — und wir hätten vielleicht wieder eine Schreckens-Regierung Ledrü-Rollins gehabt. Inzwischen hat die Revolutionspartei in der Kammer eine doppelte Niederlage erhalten: der Grevy'sche Bericht ist verworfen worden, die Anklage von Ledrü-Rollin und Genossen gegen die Minister ist nicht einmal zur Verweisung in die Bureaux gelangt. Es sind dies zwei Dinge für das Ministerium, die in jedem andern Augenblick vielleicht unbedeutend wären, in diesem Augenblicke nicht gering anzuschlagen sind. Diese Siege können die Vorläufer zu größeren Siegen werden, namentlich zu dem Sieg der Proposition Rateau. Dann wäre das Ministerium moralisch und materiell um ein Ansehnliches gefestigt, und es möchte nicht unmöglich werden, daß es die Auflösung der National-Versammlung überstände. Mehr als für die Existenz des Ministeriums wäre aber damit für Frankreich gewonnen, das neuen Verwickelungen offenbar entgegengeht.

— Herr Thiers ist mit seiner Familie nach Lille abgereist. Er stand auch auf der Proskriptionsliste. Man erzählt sich, daß er zu Napoleon Bonaparte, dem Sohn Jerome's, gesagt habe: „Sie standen auf der Liste, Prinz, um von der siegreichen Insurrektion nach Vincennes gebracht zu werden" — worauf Jener erwiedert: „Und sie standen auf der Liste, um nicht so weit zu kommen."

— Die Radikalen scheinen bei ihrer Taktik beharren zu wollen, nämlich dem Ministerium die ganze Schuld an der entdeckten Verschwörung zu geben, das Ministerium als den geheimen Anzettler derselben darzustellen. Das Resultat der Untersuchungen wird diese Taktik indeß bald zu Schanden machen, da das Ministerium sich nicht abschrecken läßt, die Untersuchung eifrig und ernstlich fortzuführen.

Italien.

Rom 25. Januar. Heute wird Kriegsgericht gehalten. Man fürchtet indeß keinen blutigen Ausgang, sondern scheint bereits einen Modus gefunden zu haben, die Begnadigung einzuleiten. Die Civica wird zu Gunsten der Gefährdeten bittend einkommeu. Man behauptet, 25,000 Wahlzettel gesammelt zu haben, dennoch hieß es, daß die Zahl der Stimmenden für den Triumph der „heiligen Sache" zwar genügte, nicht aber für die Ehre Roms. Bonaparte war selbst in allen Osterien herumgegangen, um die Wähler zu instruiren. Das gegenwärtige Ministerium und einige andere populäre Namen standen auf den gedruckten Zetteln verzeichnet, die jedem Schenkgast eingehändigt wurden. Die Plakate häufen sich so sehr, daß das Ministerium ein Verbot erlassen hat, ein nicht ministerielles Manifest auf weißes Papier zu drucken; muß es farbiges gewählt werden. Man verkauft die scheußlichsten Libelle, wie ein de profundis auf General Zamboni u. s. w. Zwei spanische Kriegsschiffe sollen au der Küste von Civitavecchia erblickt worden, dann aber wieder verschwunden sein. (Allg. Ztg.)

Rom, 25. Januar. Karl Albert bietet in einem Handschreiben dem Papste bewaffnete Hülfe an. Der Papst befindet sich so wohl, als es die Jahreszeit und seine Verhältnisse irgend zulassen. An sämmtliche Mitglieder des ehemaligen Kardinal-Kollegiums ist die Aufforderung ergangen, sich in Gaëta um die Person des Papstes zu sammeln. (Franz. Bl.)

Neapel, 23. Januar. Die Neapol. Ztg. meldet, daß der Kardinal Giraud, Erzbischof von Cambrat, an Bord des französischen Dampfboots „Caton" in Gaëta gelandet sei. Fortwährend treffen daselbst Deputationen einzelner römischer Gemeinden mit Treuversicherungen an den Papst ein, so zuletzt eine von Ferentino, den dortigen Bischof Monsgr. Bella an der Spitze. Desgleichen hat sich wieder eine aus Rom geflüchtete Abtheilung von 41 päpstlichen Carabinieren unter Anführung eines Lieutenants in Gaëta eingestellt, und wurde von Sr. Heiligkeit mit großen Lobsprüchen empfangen. General Filangieri ist von Messina zurück in Neapel angekommen.

Vermischte Nachrichten.

Aus der Grafschaft Glatz, im Februar. (Der Teufel als Wahlkandidat.) Der Wunsch, bei den Wahlen am 22. v.M. berücksichtigt zu werden, hatte einen Bauergutsbesitzer im Habelschwerdter Kreise veranlaßt, bei einem seiner Nachbarn, einem sehr beliebten, ihm aber abholden Manne, die Rolle des leibhaftigen Teufels zu spielen. In der Nacht vor dem verhängnißvollen Wahltage findet er sich mit Hörnern, langem Schwanze und andern teuflischen Abzeichen versehen, in der Schlafstube seines Nachbarn ein, weckt ihn durch dumpfes Gebrüll und befiehlt ihm, seinen ganzen Einfluß in der Gemeinde darauf zu verwenden, daß jener Bauergutsbesitzer (nämlich er selbst) gewählt würde, andererseits ihm und der Gemeinde Pestileuz und andere Uebel bevorständen. Der erschrockene Nachbar, vielleicht ein wenig abergläubisch, verspricht den Befehlen des Teufels nachzukommen, worauf sich derselbe entfernt. Zu seinem Unglück werden ihn einige Kettenhunde gewahr, von denen sich der eine losreißt und auf den armen Teufel losspringt. Dieser flüchtet sich in seiner Angst auf die an den Kuhstall angestellte Brandleiter und bleibt auf dem Dache desselben sitzen. Durch das wüthende Gebell der Hunde aufgeweckt, erscheinen mehrere und immer mehrere Leute, welche dem auf dem Dache zusammengekauerten Teufel durch fleißiges Bewerfen mit Schneebällen dermaßen zusetzen, daß derselbe endlich um Pardon bitten und beschämt den Grund seiner Verkappung angeben muß. Buchstäblich wahr! — (Bresl. Z.)

— Als nach der Hinrichtung Robert Blum's seine Freunde in verschiedenen Orten Sammlungen für die Hinterbliebenen anstellten, ging auch bei der Hamburger Kaufmannschaft zu diesem Zwecke eine Liste um, in welche der sehr konservativ gesinnte Kaufmann Sl.... sich mit mehreren hundert Thalern einzeichnete. Als der Unternehmer der Sammlung ihm darüber seine Bewunderung aussprach, antwortete er demselben: „Wenn so ein — Mensch aus der Welt kommt, dann kommen Sie immer zu mir, da gebe ich gern." (N.P.Z.)

Anekdote.

Es sieht immer etwas lächerlich aus, wenn ein großer Mensch hinpurzelt. Als ein städtischer Beamter über einen Steg gehen wollte und hinunterfiel, lachte ein daneben stehender Arbeitsmann aus vollem Halse. Ist er nicht ein unverschämter Kerl, rief dieser entrüstet, daß er darüber lachen kann? — Ach, erwiderte jener, seien Sie nur nicht böse, ich habe es nicht so schlimm gemeint. Fallen Sie immer in Gottes Namen, ich will mein Lebtage nicht wieder lachen.

(Eingesandt.)

Eine große Anzahl Wahlmänner für die beiden Deputirten zur zweiten Kammer im dritten Wahlbezirk des Stettiner Regierungs-Bezirks erfüllt eine angenehme und dringende Pflicht, wenn sie dem Königl. Wahlkommissarius, Herrn Oberbürgermeister **Wartenberg**, ihre innige Anerkennung für die Würde und Energie ausspricht, mit welcher derselbe die Wahlhandlung am 5ten d. M. geleitet hat.

Getreide-Bericht.

Berlin, 6 Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 52—57 Thlr.

Roggen, in loco $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Thlr., pro Frühjahr 82pfünd. $27\frac{1}{4}$ Thlr. Br., $27\frac{1}{6}$ bez., 27 G., pro Mai—Juni $27\frac{3}{4}$ Thlr. bez. u. G.

Gerste, große, in loco 22—23 Thlr., kleine 18—20 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 14 — 16 Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. $14\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $14\frac{1}{2}$ verk.

Rüböl, in loco $13\frac{1}{2}$ Thlr. bez. u. Br., pro diesen Monat $13\frac{1}{8}$ a $13\frac{1}{4}$ Thlr. bez. u. G., pro Febr.—März $13\frac{1}{6}$ Thlr. bez. u. Br, 13 G., pro März—April 13 Thlr. Br., $12\frac{5}{6}$ G., pr. April—Mai $12\frac{5}{6}$ a $12\frac{3}{4}$ Thlr., pro Mai—Juni $12\frac{3}{4}$ a $12\frac{2}{3}$ Thlr., pro Juni—Juli $12\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $12\frac{7}{12}$ G., pro Juli—August $12\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pro Septbr.—Okt. $12\frac{1}{8}$ Thlr. Br, $12\frac{1}{2}$ Thlr. bez. u. G

Leinöl, in loco 10 Thlr., Lieferung 10 Thlr.

Spiritus, in loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ a $\frac{2}{3}$ Thlr. bez., pro Febr. $14\frac{3}{4}$ Thlr. Br., pro März 15 Thlr. Br., pro Frühjahr $15\frac{5}{12}$ Thlr. Br., $15\frac{1}{3}$ bez. u. G., pro Mai—Juni 16 Thlr. Br.

Berliner Börse vom 6. Februar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	—	$100\frac{5}{8}$		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{5}{8}$	$91\frac{1}{8}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{4}$	$79\frac{3}{4}$		Kur-&Nm.do.	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{4}$	
Seeh. Präm-Sch.	—	$98\frac{3}{4}$	—		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$98\frac{1}{4}$	$97\frac{3}{4}$		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{1}{4}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	84						
Grosh. Posen do.	4	$96\frac{1}{4}$	—		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{8}$		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$		Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$	

Ausländische Fonds.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.
Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	—	$90\frac{3}{4}$	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$74\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{4}$	$\frac{1}{3}$—$\frac{1}{4}$
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	$99\frac{1}{2}$	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	87	—		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	$104\frac{7}{8}$		Holl. 2½ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	$71\frac{3}{4}$	$71\frac{1}{4}$		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—	
do. do. Cert. L. A.	5	—	84		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	$13\frac{1}{4}$		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	$7\frac{3}{4}$	78 G.
do. Hamburg	4	$2\frac{1}{2}$	60 G.
do. Stettin-Stargard	4	6	$88\frac{1}{2}$ G.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	59 bz.
Magd.-Halberstadt	4	7	112 B.
do. Leipziger	4	15	—
Halle-Thüringer	4	—	$50\frac{1}{2}$ G.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{1}{2}$ G.
do. Aachen	4	4	50 G.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld.-Elberfeld	4	$4\frac{1}{2}$	—
Steele-Vohwinkel	4	—	$36\frac{1}{2}$ B.
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	71 G.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	6	$93\frac{1}{4}$ B. 93 G.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	6	$93\frac{1}{4}$ B. 93 G.
Cosel-Oderberg	4	—	—
Breslau-Freiburg	4	5	—
Krakau-Oberschles.	4	—	—
Bergisch-Märkische	4	—	58 bz.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{4}$ G.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	$43\frac{1}{2}$ G.
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$37\frac{3}{4}$ a 38 bz. u. G.

Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl-Anhalt	4	$86\frac{1}{4}$ bz.
do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$ G.
do. Potsd.-Magd.	4	$82\frac{1}{2}$ B. $\frac{1}{2}$ bz u. G.
do. do	5	$94\frac{1}{2}$ B. $\frac{1}{4}$ bz.
do. Stettiner	5	$101\frac{1}{2}$ G.
Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$85\frac{1}{4}$ a $\frac{3}{4}$ bz. u. G.
Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$ G.
Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
do. 1 Priorität.	4	—
do. Stamm-Prior.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	$85\frac{3}{4}$ bz. u. G.
do. do	5	$98\frac{3}{4}$ bz.
do. III. Serie.	5	94 G.
do. Zweigbahn	$4\frac{1}{8}$	—
do. do.	5	80 G.
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	$95\frac{1}{2}$ G.
Steele-Vohwinkel	5	$87\frac{1}{2}$ B.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Risa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona	4	$88\frac{1}{2}$ B.
Amsterdam - Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	—

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schultz & Comp.

Februar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	6	342'46'''	342,89'''	342,69'''
Thermometer nach Réaumur.	6	— 2,2°	+ 1,5°	+ 0,3°

Beilage.

Beilage zu No. 32 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Mittwoch, den 7. Februar 1849.

Dresden, 18. Januar. Der neue Landtag, durch welchen die breiteste demokratische Grundlage zur Wahrheit werden soll, hat begonnen. Breite wird er ohne Zweifel genug haben, namentlich in den Reden.

Der Ausfall der Wahlen, ganz im Sinne der Radikalen, ist schon öfters in Ihren Blättern besprochen worden. Es dürfte aber jetzt vielleicht von Interesse sein, die Ausbildung der politischen Parteien in Sachsen bis zu den Wahlen, und die Zusammensetzungen der Kammern nach den in ihr vertretenen Parteien, sammt den hinter denselben stehenden Mächten zu betrachten.

Gewissermaßen kann man als Begründer unserer Bewegungen Robert Blum betrachten. Aus dem niedrigsten Stande und aus den armseligsten Verhältnissen hervorgegangen, war er in Allem Autodidact und zufällig Theater-Sekretär in Leipzig. In wie weit er bereits längere Zeit mit dem Comité directeur democratique in Paris, mit französischen, polnischen und süddeutschen Revolutionären in Verbindung gestanden und wie weit er im August 1845 jene Straßenexzesse in Leipzig vorbereitet und angestiftet hat, die durch das Benehmen der Civilbehörden zu den traurigen Ereignissen führten, wird eine spätere Geschichte erhellen. In jenem Ereignisse lag der Grund seiner Macht. Die rohen Volkshaufen, ebenso wie Gebildete wußte er als geschickter Agitator zu bewegen und verstand es dadurch, daß er den aufregendsten Schilderungen die Ermahnungen zur Ruhe und zum Fortgange auf gesetzlichem Wege beifügte, als Mann des Gesetzes sich zu zeigen. Man fand, daß er sich um Leipzig wohl verdient gemacht. Ansäßigkeit und ein Buchhandel wurden ihm verschafft, und er als Stadtverordneter gewählt. Die Männer der alten ehemaligen Burschenschaft, liberale Schwärmer, Unzufriedene aller Art und die ganze große Clique der Raisoneure von Profession schloßen an ihn sich an, und folgten unbedingt seiner Fahne. Durch den innigen Zusammenhang aller Radikalen durch das ganze Land gewann er auch bald außerhalb Leipzigs Einfluß. Als nun im März vorigen Jahres die revolutionären Ideen plötzlich die Oberhand erhielten, und das ganze deutsche Volk nach Einheit und Freiheit rief, war es Blum, der in Leipzig an die Spitze der Bewegung sich stellte und auch in den anderen Städten denselben nicht fremd war. Man sah dieselben Erscheinungen wie im Jahre 1845. Sein Wort rief Tausende zusammen, und vermochte ebenso die größten Zusammenrottungen augenblicklich zu zerstreuen. Er wußte die Masse des Volkes in fieberhafte Aufregung zu versetzen und in derselben zu erhalten, zugleich aber von allen Gewaltthätigkeiten abzuhalten und den äußeren Schein der Gesetzmäßigkeit zu bewahren. Besonders wirkte er durch den Redeübungs-Verein in Leipzig, der eine unversiegbare Quelle revolutionärer Ergießungen abgab. Als nun im weiteren Verlauf der Dinge die strengen, pflichtgetreuen und im hohen Grade geschäftsfähigen Ehrenmänner, die an der Spitze des Staates standen, sammtlich abtraten und die Krone in die Verlegenheit gesetzt wurde, unter solchen Mißverhältnissen ein neues Kabinet zu bilden, trat das jetzige Ministerium ein. Von den neuen Ministern waren namentlich Dr. Braun, Gerichtsdirektor uud Advokat in Plauen, und Oberländer, Stadtrath in Zwickau, auf den früheren Landtagen bedeutende Glieder der Opposition gewesen, und das Programm des neuen Ministeriums stellte das für unerreichbar früher geachtete Verlangen der liberalen Partei, gänzliche Umänderung des Wahlgesetzes und unbedingtes Vereinsrecht an seiner Spitze. In dieser Zeit veränderte Blum seinen Redeübungs-Verein, zu Ehren des deutschen Vaterlandes, in den deutschen Vaterlands-Verein. Hierdurch war das Signal zur Vereinigung der exeentrischen Demokratie gegeben. Die Unmasse der sogenannten Liberalen traten als Priester dieses Heiligthums auf. Unbeschäftigte Advokaten und Aerzte, excentrische Menschen aller Art, das Gros der alten Burschenschaft, ehr- und amtgeizige Menschen, denen Talent und Kenntnisse fehlten, um beides auf gewöhnlichem Wege zu erlangen, eine Legion Schullehrer, durch die Bildung in den Seminarien in den Stand gesetzt über dieses und jenes zu reden, ohne im Stande zu sein das Gebiet des Wissens, von dem sie nichts wußten, auch nur zu ahnen, und endlich alle und jede Art von Unzufriedenen bildeten die gläubige Menge der neuen Lehre. Unbedingt durchgebildete Demokratie, Wahlrecht einzig und allein nach Köpfen stand neben andern schönen Sachen an der Spitze dieser Doktrin. Mit der einer besseren Sache würdigen Thätigkeit agirte diese Partei und es gelang ihr im ganzen Lande, Städten und Dörfern, nach dem Muster des Leipziger solche einzelne, durchaus mit einander verbundene Vaterlandsvereine zu begründen. Die erste Wirksamkeit derselben waren die ganz radikalen Wahlen zu der Frankfurter National-Versammlung, unter denen bekanntlich auch die Blum's war. Dieser stand bei seinem Abgang nach Frankfurt auf dem Höhepunkt seiner Glorie. In der Paulskirche fand er nicht sein Publikum. Hier konnte er durch seine hohlen Phrasen nicht die Massen bewegen, und der parlamentarischen Debatte war er nicht gewachsen. Durch den Stillstand, in den er nothgedrungen kam, ging sein Ansehen auch bei seiner Partei immer mehr verloren. Mißtrauens-Adressen mit beinahe 20,000 Unterschriften wurden an ihn erlassen, und nur als er, nach Gesetz und Recht aller Völker und Zeiten, den Tod des Verbrechers gestorben, ertönte sein Name noch einmal, gehoben von der Furie des Fanatismus. Man sagt, seine Genossen hätten ihn nach Wien gesendet, um sich so seiner zu entledigen.

Die Vaterlandsvereine litten durch Blum's Abgang nicht. Im Gegentheil vermehrten sie sich bedeutend.

Die höchste Potenz der Volkssouveränetät: „des Volkes Wille ist das höchste Gesetz,“ ist der erste Grundsatz dieser Vereinigung. Im Anfang ging man jedoch noch behutsam zu Wege und erklärte, daß für Sachsen die konstitutionelle Monarchie auf breitester demokratischer Grundlage dem Volkswillen entspreche. Schon am Ende des vorigen Sommers aber warf man diese Maske ab und beschloß diese Klausel aus dem Programme wegzulassen.

Wenden wir uns zu dem Gegner der Vaterlandsvereine, den deutschen Vereinen. In der Zett der größten Aufregung, wo Niemand wagen durfte, der Idee der Volkssouveränetät und der demokratischen Verfassung entgegen zu treten, bangte mehreren Männern für das Fortbestehen der monarchischen Verfassung. Diese wollte man erhalten, im Uebrigen aber die Errungenschaften der Neuzeit sich nicht entgehen lassen.

Dieser Grundsatz und das nur zu begründete Mißtrauen gegen die Namen an der Spitze der Vaterlandsvereine rief die deutschen Vereine ins Leben. In ihrem Programme fanden die Errungenschaften des Märzes, freies unbegrenztes Vereinsrecht, vollständig freie Presse 2c., Aufnahme und an die Spitze wurde das Verlangen nach konstitutioneller Monarchie auf der breitesten demokratischen Grundlage gestellt. Bei dem Entstehen dieser Vereine erblickten viele achtbare Männer in denselben einen Haltpunkt gegen die Wühlereien der Vaterlandsvereine, ohne gerade das Programm selbst genauer zu prüfen. In dieser Zeit konnte man sagen, daß der Unterschied beider Vereine darin liege, daß der Vaterlandsverein mehr wolle als er sage, der deutsche Verein aber mehr sage als er wolle. Da auf eine absolute Unrichtigkeit nie eine Folgerung zu bauen, so mußte die Stellung des deutschen Vereins von Hause aus schief werden. Eine monarchische Spitze auf einem republikanischen Grunde ist unmöglich. Volkssouveränetät ist eine alberne Phrase, und bei Vereinsrecht und freier Presse kann nur dann ein Staat bestehen, wenn eine strenge Gesetzgebung den Mißbrauch verhindert.

Der deutsche Verein hat bei den Wahlen fast ganz unterlegen, nur etwa 14 seiner Kandidaten durchgesetzt, schon der mit dem deutschen Vaterlandsvereine leicht zu verwechselnde Name that ihm Schaden.

Die eigentlich konservative Partei, oder vielmehr die reaktionäre, denn den jetzigen Zustand will Niemand konserviren, ist gar nicht konstituirt. Ihr fehlt, so groß sie auch sein mag, der Muth, offen hervor zu treten. Vielleicht ist dieses noch nicht an der Zeit. (N. Pr. Ztg.)

Großbritannien.

London, 2. Februar. Die Königin und Prinz Albert sind gestern Nachmittags wieder in Windsor eingetroffen.

— Im Oberhause beantragte gestern Lord Bruce die Antwortadresse auf die Thronrede und wünschte, indem er mit der Zufriedenheit der letztern über den Zustand unserer auswärtigen Angelegenheiten sympathisirte, dem Hause Gluck zu der Aussicht auf vermehrtes Einkommen und verminderte Ausgaben. Bezüglich Irlands habe der Antragsteller der letzten Adresse den kommenden Sturm voraussagen müssen; ihm sei jetzt die erfreulichere Aufgabe geworden, das Haus zu erinnern, daß der Sturm vorüber sei, obgleich es noch nöthig sei, die durch die dortige Aufregung erheischten Vorsichtsmaßregeln eine Zeit lang fortbestehen zn lassen. Lord Batemen unterstützte die Adresse, welche, wie gewöhnlich, ein bloßer Wiederhall der Thronrede ist. Lord Brougham meinte, daß Lord Bruce die Besserung unserer Handelslage überschätze und eben so unsere Finanzlage für besser halte, als sie sei; er wolle jedoch einräumen, daß in beiden Beziehungen die Lage des Landes ziemlich befriedigend sei. Man habe die Königin glückwünschend von großen Ausgabenverminderungen sprechen lassen; er halte sich jedoch verpflichtet, der Bewegung entgegen zu treten, welche unter der Larve des Freihandels einen Kreuzzug wider die Interessen der Grundeigenthümer begonnen habe. Diese Agitatoren beständen auch auf umfassenden Reduktionen in der Armee und Flotte; wenn er aber Europa von einem bis zum anderen Ende überschaue, so sehe er nichts als Gründe, einen unverzüglichen Krieg zu befürchten. Wenn er auf Oesterreich, Italien oder Frankreich hinblicke, so dringe sich ihm bloß die Ueberzeugung auf, daß die Vertheidigungsmittel des Landes, weit entfernt, vermindert zu werden, verstärkt und vermehrt werden müßten. Nach einigen hämischen Bemerkungen über die so genannten Erfolge der britischen Waffen in Pendschab, die er als Niederlagen bezeichnete, äußerte der Redner zum Schlusse, eine wirkliche Ursache zum Glückwunsche finde er darin, daß die Handels-Krisis vorübergegangen sei, weil er hoffe, daß für die Zukunft unsere Kaufleute und Fabrikanten die von den Spekulanten bezüglich des Uebertreibens der Fabrikation und der Waarenversendungen gemachten schlimmen Erfahrungen nicht vergessen würden. Lord Beaumont meinte, daß die Aufrechthaltung freundschaftlicher Beziehungen mit Oesterreich nicht so gar wichtig sei, und daß Frankreich und England bezüglich Siciliens, das von den Neapolitanern äußerst barbarisch behandelt worden sei, eine höchst ehrenhafte Politik befolgt hätten. Graf Winchelsea behauptete, eine Verminderung von Heer und Flotte würde dem Reiche verderblich sein und nnr ein völlig bethörtes Ministerium könne an so widersinnige Ersparniß denken. Lord Stanley erklärte, daß man fast jeden Paragraphen der Thronrede mit Fug derb tadeln könnte. Arg übertrieben sei die „vermehrte“ Wohlfahrt des Landes, da dieselbe kaum leise Zeichen des Wiederauflebens gebe. Zum ersten Male, so lange seine parlamentarische Erfahrung reiche, habe die Königin nicht sagen können, „daß sie fortwährend von allen fremden Mächten Versicherungen ihrer freundschaftlichen Gesinnungen empfange;“ alles, was die Rede sagen könne, sei einfach, daß der Königin beständiger Wunsch dahin gehe, die freundschaftlichsten Beziehungen zu allen fremden Staaten aufrecht zu halten. Er sei froh, zu hören, daß dies der Wunsch der Regierung sei; denn bisher habe er geglaubt, das beständige Trachten der Rathgeber der Königin bestehe darin, uns in die Angelegenheiten jedes fremden Staates zu verwickeln. In Spanien habe sich ein britischer Gesandter eingemengt und sei schimpflich fortgejagt worden. Oesterreich sei über die unfreundliche Haltung Englands so entrüstet, daß es die Thronbesteigung des Kaisers durch einen besonderen Gesandten anzuzeigen nicht der Mühe werth gefunden habe. In Italien hätten wir uns eingemengt, und die Folge davon sei ein verlängerter Bürgerkrieg zwischen Ferdinand und seinen aufrührerischen Unterthanen in Sicilien gewesen, während, hätten wir den König nicht mit unserem Rathe und Beistande geplagt, der Hader längst beigelegt sein würde. Kurz, der Stand unserer Beziehungen zu fast ganz Europa sei unbefriedigend, wo nicht unfreundlich. Allerdings gebe es eine große Ausnahme, und diese sei Frankreich, mit dem wir aber einzig deßhalb auf gutem Fuße ständen, weil wir uns der Einmischung in seine inneren Angelegenheiten enthalten hätten. Was das Pendschab betreffe, so sei die Lage unserer Heere dort nicht der Art, daß wir erwarten dürften, den Bestand unserer Armee vermindern zu

können. Die Stimmung von Irland sei nichts weniger als befriedigend, und langjährige Bedrückung der Kolonieen haben viele der ergebensten Unterthanen in die mißvergnügtesten umgewandelt. Im Angesicht aller dieser Ursachen zur Besorgniß wundere ihn die Dreistigkeit, womit die Minister in der Thronrede erklären ließen, daß die Sachlage ansehnliche Verminderungen des Ausgabe-Budgets rechtfertige. Könne man Ersparungen machen, so möge man es thun; nie aber werde er darin einwilligen, daß man, um zu sparen, die Macht und Kraft des Landes wesentlich schwäche. Der Redner tadelte noch andere Punkte der ministeriellen Politik, erklärte die gänzliche Aufhebung der Kornzölle für ungerecht und behauptete, daß die Rückkehr zu einem mäßigen Einfuhrzolle unerläßlich sei. Zum Schlusse beantragte er die Einschiebung eines die auswärtige Politik und die inneren Verhältnisse gleichmäßigem Tadel unterwerfenden Amendements, welches, nachdem Lord Lansdowne die ministerielle Politik vertheidigt und der Herzog von Richmond dieselbe lebhaft angegriffen hatte, mit 52 gegen 50 Stimmen verworfen wurde. Vertagung.

Im Unterhause wurde die Antwortadresse von Lord Vane beantragt und von Hrn. Bunbury unterstützt. Hr. Disraeli rügte, daß die Thronrede dem Hause den Zustand des Landes nicht ehrlich und aufrichtig darlege. Er bekämpfte die Gründe, auf welche die Regierung die Behauptung stütze, daß unser Handel unter dem neuen System sich bessere, und behauptete, daß die Wirkung dieses Systems nicht bloß unsere Fabriken lähme, sondern auch eine Veränderung in der Vertheilung der edlen Metalle herbeiführe, welche für das Land verderblich werden müsse. Was die auswärtige Politik angehe, so habe zum ersten Male in der Thronrede die Versicherung der Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen zu den fremden Mächten wegbleiben müssen. Der Redner unterwarf nun unsere ganze auswärtige Politik dem bittersten Tadel und spöttelte über die angekündigten großen Ausgaben-Verminderungen, zu denen, wie er meinte, die jetzige Sachlage ganz verzweifelt schlechte Aussicht gebe. Zum Schlusse beantragte er als Amendement die Erklärung, daß weder unsere Beziehungen zu den fremden Mächten, noch der Zustand des Einkommens, der Fabriken oder des Handels Gegenstände des Glückwunsches seien. Hr. Grattan beantragte ein Amendement zu dem Paragraphen bezüglich Irlands. Er hob die Nothwendigkeit der Aufhebung des irischen Armengesetzes hervor, tadelte die Zumuthung, die Suspension der Habeas-Corpus-Akte fortdauern zu lassen und läugnete, daß überhaupt in Irland ein Aufstand Statt gefunden habe. Sein Amendement sollte das Parlament verpflichten, der Noth des irischen Volkes abzuhelfen. Dasselbe wurde von J. O'Connell in einer die irische Politik der Regierung tadelnden Rede unterstützt. Lord J. Russell bat das Haus, bezüglich Irlands seine Ansicht zurückzuhalten, bis dieser Gegenstand, was in Kurzem geschehen werde, zur besonderen Erörterung gelange. Die Vollmachten, welche er begehre, seien nicht gegen Irland, sondern nur zum Schutze der Gutgesinnten bestimmt; was das irische Armengesetz angehe, so werde er vorschlagen, daß eine Commission seine Wirksamkeit einer Prüfung und Untersuchung unterwerfe. Der Minister antwortete sodann auf Disraeli's Bemerkungen über den Zustand unseres Handelns und unserer auswärtigen Beziehungen. Europa sei erschüttert worden; ob aber England in Gefahr gewesen sei, in Feindseligkeiten verwickelt zu werden? In Irland sei der Aufstand nicht durch Bewaffnung einer Klasse gegen die andere, sondern durch die Umsicht und weise Mäßigung Lord Clarendon's unterdrückt worden. Wenn dies die Ergebnisse der Maßregeln der Regierung seien, so habe sie doch wenigstens verdient, nicht am ersten Abend der Session verurtheilt zu werden. Nachdem Hr. Hume noch über die Ungleichheit und die drückende Last der Besteuerung geklagt und das Regierungssystem in den Kolonieen gerügt hatte, wurde das Amendement des Hrn. Grattan mit 200 gegen 12 Stimmen verworfen, die weitere Debatte aber vertagt.

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

New-York, 10. Januar. Mr. Gott hat im Hause der Repräsentanten wegen Verbots des Sklavenhandels folgenden Antrag gestellt:

In Betracht, daß jetzt sogar in dieser Hauptstadt der Republik mit menschlichen Wesen als mit Sachen Handel getrieben wird, was dem Natur-Recht und den Hauptgrundsätzen unseres politischen Systems zuwiderläuft, als ein Schandfleck unseres Landes in der ganzen Christenheit weltbekannt und ein wesentliches Hinderniß ist für den Fortschritt der republikanischen Freiheit unter den Völkern der Erde,

wird beschlossen, die Abgeordneten des Distrikts Columbia anzuweisen, sobald als möglich ein Gesetz einzubringen, welches den Sklavenhandel in dem genannten Distrikt verbietet.

Dieser Antrag hat im Kongreß eine große Aufregung hervorgerufen, wurde aber mit 98 gegen 87 Stimmen angenommen, was den Beweis liefert, wie stark die öffentliche Meinung bei den nicht Sklaven haltenden Staaten gegen die Neger-Sklaverei bereits geworden ist. Die Mitglieder der Sklaven haltenden Staaten geben sich das Ansehen äußerster Entrüstung: einer schlug sogar vor, man solle sogleich in Masse den Kongreß verlassen, andere drohten mit sofortiger Trennung des Südens vom Norden und noch andere machten Demonstrationen gegen die Schutzzölle. Sie haben inzwischen den Weg der Mäßigung eingeschlagen und unter sich ein Comité — mit Calhoune an der Spitze — gewählt, daß binnen Kurzem über den Gegenstand berichten soll.

Zur Unterstützung der Familien der einberufenen Landwehrmänner sind noch eingegangen:

1) von der Gemeine Warsow 5 Thlr. 2) von der Stadt Cammin 7 Thlr. 15 sgr. 3) von der Gemeine Nieder-Zahden 4 Thlr. 16 sgr. 1 pf. 4) von der Gemeine Mescherin 6 Thlr. 18 sgr. 6 pf. 5) von dem Gutsbesitzer Güler auf Stöwen 3 Thlr. 6) von der Stadt Garz 31 Thlr. 6 sgr. 7) von der Gemeine Neuenkirchen 1 Thlr. 5 sgr. 8) von dem Gutsbesitzer Ventzmer auf Friedfeld 10 Thlr. 9) von der Gemeine Züllchow 14 Thlr. 6 sgr. 6 pf. 10) von dem Glas-Fabriken-Unternehmer Strecker zu Nassenheide 5 Thlr. 11) von der Gemeine Rosengarten 15 sgr. 12) von dem Amtmann Nobbe zu Pinnow 10 Thlr.

Stettin, den 6ten Februar 1849.

Der Kreis-Deputirte, Landschaftsrath
v. Ramin.

Mein Grundsatz: „anerkannte Narren mit Geduld zu ertragen", ließ mich ein mehrmaliges Schweigen auf einige Inserate der neuen Stettiner Zeitung, welche mich beleidigen sollten, beobachten; allein auf den Wunsch mehrerer Freunde, meine Muthmaßungen über den Verfasser öffentlich auszusprechen, zwingt mich, mein bisheriges Schweigen zu brechen.

„Wahrscheinlich ist der Autor ein Müller H . . . . g in D . . m, ein Mensch, der, wenn er auf einen Mehlsack steigt, nur Schulden auf europäischem Boden zurückläßt; ein Mensch, der, obgleich ein Wüthrich gegen Frau und Gesinde, jetzt die Mode mitmacht, ein theoretischer Volksbeglücker zu werden; ein Mensch, der durch sinnlose Vergeudung gezwungen wird, bald nach Botany-Bay zu gehen (es gehört ja wohl zu Australien?)". — Doch die Furcht vor den Insertionskosten bestimmt mich, abzubrechen; sonst könnte ich noch ein romantisches Stückchen hinzufügen — vielleicht später noch.

L. Hübner.

Bekanntmachung.

Am 26sten Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, findet im Landschafts-Hause zu Prenzlau die statutenmäßige jährliche General-Versammlung statt, in welcher

1) für die durchs Loos ausscheidenden 2 Directorial-Mitglieder 2 neue zu wählen sind,
2) über Verwendung des im vergangenen Jahre verbliebenen Ueberschusses zu berathen ist.

Die Herren Aktionaire werden dazu eingeladen.

Gramzow, am 29sten Januar 1849.

Direktorium
der Gramzow-Passower Chaussee-Gesellschaft.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf den Antrag des Pfandleihers J. Baumann sollen die bei demselben niedergelegten, bereits verfallenen Pfänder, bestehend aus Gold, Silber, Uhren, Kleidungsstücken, Leinenzeug, Betten 2c.,

am 16ten April d. J.

und an den folgenden Tagen, jedesmal von 9 Uhr Vormittags ab, im Geschäftslokale des 2c. Baumann, Königsstraße No. 184, durch den Commissions-Rath Reisler öffentlich versteigert werden.

Demgemäß werden alle diejenigen, welche bei dem 2c. Baumann Pfänder niedergelegt haben, die seit sechs Monaten und länger verfallen sind, hiermit aufgefordert, diese Pfänder noch vor dem Auktions-Termine einzulösen, oder falls sie gegen die contrahirte Schuld gegründete Einwendungen zu haben vermeinen, solche dem Gerichte zur weiteren Veranlassung anzuzeigen, widrigenfalls mit dem Verkaufe der Pfänder verfahren, aus dem einkommenden Kaufgelde der 2c. Baumann wegen seiner im Pfandbuche eingetragenen Forderungen befriedigt, der etwa verbleibende Ueberschuß aber an die hiesige Armen-Kasse abgeliefert und demnächst Niemand weiter mit Einwendungen gegen die Pfandschuld gehört werden wird.

Stettin, den 10ten Januar 1849.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Verlobungen.

Die Verlobung meiner Schwester Mathilde mit dem Kaufmann Scherping aus Stettin zeige ich hiermit ergebenst an.

Prenzlau, den 4ten Februar 1849.

Hermann Küster.

Mathilde Küster,
August Scherping,
Verlobte.

Auktionen.

Auktion am 9ten Februar c., Vormittags 9 Uhr, kl. Domstraße No. 683, über Kleidungsstücke, Leinenzeug, Betten, Möbel aller Art, Haus- und Küchengeräth,

um 11 Uhr: eine goldene Cylinderuhr, neue chirurgische Instrumente, mehrere Tonnen Leinsamen, 4 Getreideklappern, Waageschalen mit Gewichten u. dgl. m.

Reisler.

Im Marienwalder Forstrevier bei Gollnow sind zum öffentlichen meistbietenden Verkauf von Bau-, Nutz- und Brennholz Termine auf

den 19ten Februar und
den 29sten März d. J.,

Vormittags 10 Uhr, hier im Forsthause angesetzt, wozu mit dem Bemerken eingeladen wird, daß Käufer den vierten Theil des Meistgebots gleich im Termine einzahlen müssen.

Marienwalde, den 26sten Januar 1849.

Der Marienstifts-Förster Funcke.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Speck-Bücklinge

und die zweite Sendung **Stralf. Flick-Heringe** empfing und empfiehlt, wie

neue Messin. süsse Apfelsinen

Carl Stocken,
gr. Lastadie 217 (früher Mayer'sche Apotheke).

Rügenwalder Gänsebrüste

zu herabgesetzten Preisen bei

Taetz & Co., Krautmarkt No. 1056.

Messinaer Apfelsinen, Citronen und grüne Garten-Pommeranzen

bei **Ludwig Meske,**
Grapengiesserstr. 162.

Feinste Kochbutter

a Pfd. 5 sgr., bei 5 Pfd. billiger, offerirt

Erhard Weissig.

Vermiethungen.

Große Oderstraße No. 63 ist zum 1sten April ein Quartier 3 Treppen hoch zu vermiethen.

Eine Wohnung nebst Böttcherwerkstätte, oder zur Feuerwerkstätte geeignet, ist zum 1sten März oder 1sten April zu vermiethen Rödenberg No. 236.

Klosterhof No. 1126 ist die bel Etage, bestehend aus 4 Stuben, Kammer, Küche nebst allem Zubehör, zum 1sten April zu vermiethen.

Grapengießerstraße No. 418 ist die dritte Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Bollwerk 1093 ist ein Laden zum 1sten Mai d. J. zu vermiethen. Näheres beim Wirth, Neuetief 1065.

Dicht am Heumarkt ist eine freundliche Hinterwohnung, parterre, bestehend aus 3 schön tapezirten Zimmern, 2 Kabinets, heller Küche, Speisekammer, Mädchenstube, Holzkeller und Bodenräumen, zu Ostern zu vermiethen, und das Nähere zu erfragen in der Exped. d. Bl. unter **M. B.**

Roßmarkt No. 720 ist die dritte Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Eine freundliche Stube mit Kabinet, ohne Möbeln, nicht zu hoch belegen, wird zum 1sten März c. zu dem Preise von ca. 5 Thlrn. von einem ruhigen Miether gesucht. Adressen unter **A. B.** beliebe man in der Exped. d. Ztg. abzugeben.

Einen Thaler Belohnung.

Es ist ein ganz gelber Kanarienvogel fortgeflogen. Wer denselben eingefangen hat und Junkerstraße No. 1112—13 eine Treppe hoch abliefert, erhält einen Thaler Belohnung.

Freie christliche (deutsch-katholische) Gemeinde.

Am Mittwoch den 7ten d. M., Abends 5 Uhr, predigt in der Aula des Gymnasiums:

Herr Pfarrer Gentzel.

(Der Ertrag der Kollekte ist zum Besten des von dem hiesigen Flotten-Comité zu erbauenden Kriegsschooners bestimmt.)